

Flüchtlings-Wohncontainer am Bienenhof bleibt bis Ende 2019

Streit in der Bad Segeberger Stadtvertretung um „Wortbruch“ – Verärgerte Anwohner melden sich mit offenem Brief zu Wort

Von Michael Stamp



Für zwei weitere Jahre wird dieser Holzcontainer auf dem Parkplatzes Am Bienenhof bleiben. Die Stadt will Vorsorge für weitere Flüchtlinge treffen. ©

Bad Segeberg. Es war eine lange und kontroverse Diskussion, aber am Ende stand das erwartete Ergebnis: Der Wohncontainer für Flüchtlinge bleibt auf dem Parkplatz an der Straße Am Bienenhof stehen – und zwar bis Ende 2019. Ursprünglich hätte er bereits mit Ablauf dieses Jahres wieder verschwinden sollen.

Schon in den Ausschüssen hatte das Thema für Zündstoff gesorgt. Im Februar 2016 hatte die Stadt die feste Bienenhof-Flüchtlingsunterkunft mit 50 Plätzen um einen Holzcontainer mit weiteren 30 Plätzen erweitert – allerdings mit der Ankündigung, dass dies nur eine kurzfristige Lösung ist. Da die Kommune aber mittlerweile vom Kreis Segeberg erfahren hat, dass sie im laufenden Jahr noch 200 weitere Asylsuchende aufnehmen soll, stand nun die Verlängerung des Provisoriums an – und sie wurde mit 15 zu 10 Stimmen beschlossen.

Die Freie Wählergemeinschaft BBS machte sich gegen die Verlängerung stark, zumal sie bereits den Aufbau des Containers kritisiert hatte. Als die Stadt das ehemalige Gebäude des Landwirtschaftlichen

Buchführungsverbandes kaufte und zum Flüchtlingsheim umrüstete, sei den Nachbarn versprochen worden, dass keine zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Gelände entstehen, sagte BBS-Fraktionsvorsitzender Torsten Bohlmann. „Der BBS hat schon damals deutlich gemacht, dass dieser Wortbruch für uns ein No-Go ist.“ Die Flüchtlinge dürften im übrigen nicht in der Südstadt konzentriert werden. „Wir sind der Meinung, dass eine gleichmäßigere Verteilung über das gesamte Stadtgebiet angestrebt werden sollte.“

Die Befristung sei „reine Taktik“ gewesen, sagte Bohlmann. „Jetzt bekommen wir die dauerhafte Lösung scheinbar durch die Hintertür.“ In Wahrheit habe man im Rathaus nie einen Abbau geplant, denn sonst müssten die Kosten dafür im Haushalt auftauchen. „Die Kosten werden jetzt als Totschlagargument genutzt, um den Wortbruch von damals zu legitimieren. Das machen wir nicht mit – da stimmen wir nicht zu!“

Von CDU, SPD und Bürgermeister Dieter Schöfeld ertete Bohlmann heftigen Widerspruch. Die Stadt sei zur Unterbringung der Flüchtlinge verpflichtet – und wenn man nicht genügend Wohnraum vorhalte, müsse man am Ende noch auf Turnhallen und andere Räume zurückgreifen. Laut Schöfeld sind im Hauptgebäude derzeit nur 30 von 60 Plätzen belegt, im Container seien es 9 von 30. Das provisorische Gebäude wird künftig nur noch genutzt, wenn es zwingend erforderlich ist.

Am Tag der Stadtvertreterversammlung ist im Rathaus ein Brief von Anwohnern der umliegenden Grundstücke eingegangen. Sie erklären, dass sie zur jüngsten Bürgerinformation nur noch in geringer Zahl gekommen seien, weil „den dort getroffenen Aussagen kein Glaube mehr geschenkt werden kann“. Man habe den Nachbarn bereits zu viel zugemutet. Einige Besucher der Sitzung hatten über Lärm und Schmutz geklagt.

Das Zitieren eines Anwohners durch Stadtvertreter Wolfgang Juhls (Die Unabhängige), die Flüchtlinge würden nachts Lärm machen, „weil sie tagsüber nicht arbeiten müssen“, erfuhr eine scharfe Entgegnung von Uwe Rönfeldt (SPD). Dies sei eine „Unverschämtheit“.

BBS wollte schon 2016 den Aufbau des Containers nicht

Anwohner fühlen sich mit ihren Anliegen übergangen

2/2



Die Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Gebäude des Landwirtschaftlichen Buchführungsverbandes ist in Nachbarschaft und Politik umstritten.

